Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 20. Februar 2013

Tagesordnung

1. Fragen der Einwohner
2. Haushalt 2013;
Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013
3. Beratung und Beschlussfassung über die Bestattungsmöglichkeit unter Bäumen auf dem Friedhof Kälbertshausen
4. Bildung und Betreuung - Neubau der evangelischen Tageseinrichtung für Kinder hier: Vergabe der Arbeiten für die Eingangstüren
5. Bildung und Betreuung - Neubau der evangelischen Tageseinrichtung für Kinder hier: Vergabe Glaserarbeiten und Sonnenschutz
6. Baugesuche; hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
  - 6.1 Anbau an bestehendes Wohnhaus auf vorhandener Terrasse auf dem Grundstück FlSt. Nr. 819, Südstraße 2, 74928 Hüffenhardt
  - 6.2 Abbruch und Neubau einer Stützmauer auf dem Grüngutplatz, Grundstück FlSt. Nr. 11806, Blindenrainweg 4, 74928 Hüffenhardt
7. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
8. Fragen der Einwohner

Zu Punkt 1

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Fragen aus dem Zuhörerraum.

Zu Punkt 2

Bürgermeister Neff leitet mit folgendem Zitat die Beratung dieses Tagesordnungspunktes ein, bevor er einige einleitende Bemerkungen zum Haushalt 2013 vornimmt: „Wer viel Geld hat, kann spekulieren, wer wenig Geld hat darf nicht spekulieren, wer kein Geld hat, muss spekulieren.“

Bedingt durch die Neuveranschlagung von Maßnahmen aus dem Jahr 2012 im Haushalt 2013, die zwar begonnen wurden z. B. Neubau Kindergarten, Wohnumfeldmaßnahmen Ringstraße und Brühlgasse, die jedoch nur zu einem geringen Anteil 2012 auch kassenwirksam geworden sind, ist der Vermögenshaushalt 2013 für die Größenordnung der Gemeinde Hüffenhardt ein überaus starker Investitionshaushalt.

Die begonnenen Vorhaben und die weiteren geplanten Maßnahmen - Dorfplatz Kälbertshausen, Breitbandversorgung usw. - bedeuten Investitionen in lebendige Ortskerne, in Bildung und Betreuung sowie Sicherung der Lebensverhältnisse in der Gemeinde.

Erstmals seit drei Jahren weist der Verwaltungshaushalt wieder eine positive Zuführungsrate aus. Damit und durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, die auf den gesetzlichen Mindestbestand zurückgeführt wird, sowie einer vorgesehenen Kreditaufnahme können wir den Haushalt 2013 finanzieren.

Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen. Einzig im Bereich der Abwasserbeseitigung mussten die Gebührensätze angepasst werden. Dies ist jedoch nicht in Verbindung mit der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr in Zusammenhang zu bringen.

Die Gemeinde Hüffenhardt ist auf die Fördertöpfe und auf Zuweisungen des Landes angewiesen. Dies gilt umso mehr, da die Steuerkraft der Gemeinde zurückgegangen ist und auch der Abwärtstrend beim örtlichen Gewerbesteueraufkommen weiterhin anhält. Dies im Gegensatz zur allgemeinen positiven Einschätzung eines bundes- und landesweiten Wirtschaftswachstums.

Spekulieren müssen wir zwar noch nicht. Wünschenswerte Vorhaben gegenüber notwendigen Maßnahmen sowie der gesetzlichen Aufgabenerfüllung abzuwägen, die Ausgaben dabei noch kritischer in den Blickwinkel zu stellen, muss auch weiterhin unser Bestreben sein.

Bestreiten können wir den Haushalt 2013, ohne dass die Gemeinde Hüffenhardt in akute Seenot gerät.“ Mit Verweis auf die Verwaltungsvorlage übergibt Bürgermeister Neff sodann das Wort an Rechnungsamtsleiter Zipf. Dieser erläutert begleitet von einer PowerPoint-Präsentation die Änderungen des Haushaltes seit Einbringung im Dezember 2012. Dabei geht Rechnungsamtsleiter Zipf auch auf den Schuldenstand sowie die Rücklage zum 31.12.2012 ein und erläutert die Auswirkungen auf diese Größen, welche die Investitionen in 2013 mit sich bringen. Herr Zipf bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Steuerkraftsumme strukturell über Jahre hinweg geschwächt sei, da die Zerlegung des Gewerbesteuerermessbetrages des größten Gewerbesteuerzahlers deutliche, negative Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt hat.

In 2012 nicht verwendete Mittel, so Herr Zipf, habe er aus Gründen der Übersichtlichkeit in 2013 neu veranschlagt.

Sodann berichtet Ortsvorsteher Geörg von der Beratung im Ortschaftsrat am 18.2.2013. Trotz der schwierigen Gesamtsituation habe die Gemeinde viele Investitionen zu stemmen, welche der Ortschaftsrat mit trägt und daher dem Gemeinderat die Empfehlung ausspricht, dem Haushalt zuzustimmen.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Luckhaupt, erklärt Rechnungsamtsleiter Zipf, dass er plane, in künftigen Jahren aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht verbrauchte Mittel des Vorjahres grundsätzlich neu zu veranschlagen.

Hinreichen informiert und ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt, die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013.

- einstimmig -

Ausnahmsweise lässt Bürgermeister Neff die Nachfrage eines Bürgers zur Grundsteuer und zu den Personalkosten der Gemeinde zu.

Diese Fragen werden von Rechnungsamtsleiter Zipf beantwortet, der in diesem Zusammenhang auf die Offenlegung des Haushaltes verweist.

Zu Punkt 3

Bürgermeister Neff erklärt einleitend, dass sich der Ortschaftsrat bereits in zwei Sitzungen intensiv mit dem Thema Bestattungen unter Bäumen auf dem Friedhof auseinandergesetzt hat. In diesem Zusammenhang verweist Bürgermeister Neff auf einen als Tischvorlage ausgeteilten Artikel der Kraichgau Stimme aus der heutigen Ausgabe, der das Thema aufgegriffen hat.

Anhand eines Lageplans vom Friedhof erläutert Ortsvorsteher Geörg sodann die Beschlussfassung des Ortschaftsrates dahingehend, dass drei Bäume südlich der Leichenhalle auf der Rasenfläche neben der bestehenden Schwarzkiefer gepflanzt werden sollen, welche ebenfalls in das Bestattungsfeld einbezogen werden soll.

Der Vorschlag der Verwaltung am südlichen Friedhofseingang bzw. in Verlängerung des bestehenden Urnengrabfeldes ein Feld auszuweisen, sei im Ortschaftsrat nicht mehrheitsfähig gewesen.

Klarstellen wolle er an dieser Stelle, dass es keine konkreten Anfragen für die Bestattung unter Bäumen auf dem Friedhof gebe, sondern eher für den Wald. Gleichwohl halte er den Vorschlag des Ortschaftsrates für eine ernstzunehmende Alternative, die schnell umsetzbar sei.

Gemeinderätin Freyh fordert von den anwesenden Ortschaftsräten eine Aussage darüber, ob mit dem Bestattungsfeld auf dem Friedhof die Bestattung unter Bäumen im Wald komplett entfallen solle oder lediglich eine weitere Alternative geboten werden solle.

Gemeinderat Geörg erklärt in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher, dass man sich der Bestattung unter Bäumen im Wald nicht entziehen solle, sondern grundsätzlich beides möglich sein soll.

Gemeinderätin Inge Bräuchle möchte nochmals wissen, ob es Bedarf für diese Bestattungsform gibt. Sie habe bisher nur mit Personen gesprochen, die im Wald unter Bäumen bestattet werden wollen.

Der Vorsitzende erklärt, dass bei der Verwaltung keine entsprechenden Anfragen vorliegen.

Die Gemeinderäte Bödi und Geörg argumentieren, dass es sich um eine Alternative handle, die zeitnah und mit sehr geringen Kosten umgesetzt werden könne. Auch seien die Kosten vor dem Hintergrund als gering zu betrachten, dass man die Brachfläche gestalterisch aufwerten wolle und zugleich zusätzliche Schattenspendler für alle Beerdigungen gepflanzt werden. Zudem könne man eine neue Bestattungsform bieten, deren Angebot möglicherweise die Nachfrage anrege. Auch die Bodenbeschaffenheit spreche für dieses Vorgehen. Gemeinderat Hagner geht von 30 bis 40 Bestattungsplätzen aus, die nach Pflanzung der Bäume entstehen.

Den Bedarf hält er für nicht gegeben. Er schlägt vor, zunächst mit dem bestehenden Baum zu beginnen. Er regt jedoch an, die Rasenfläche dergestalt abzutrennen, dass im Sommer bei Beerdigungen keine Friedhofsbesucher auf Flächen stehen, in welchen Urnen liegen.

Gemeinderat Bödi plädiert für eine zeitnahe Pflanzung der Bäume. Nicht nur wegen der Gestaltung der Fläche auch wegen der Kostensteigerung für die Beschaffung von Bäumen in künftigen Jahren sollte die Anschaffung jetzt vorgenommen werden.

Insgesamt ist sich das Gremium nach kurzer Diskussion einig, dass die Bäume sinnvoll seien, die überwiegende Zahl der Gemeinderäte fordert jedoch eine deutliche Abgrenzung zwischen allgemeiner Rasenfläche und Bestattungsplätzen.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Kratz erklären der Vorsitzende und Frau Fehrenbach, dass eine mögliche Abgrenzung vor Ort nicht die einzelnen Gräber abgrenzt, sondern das ganze Bestattungsfeld.

Nur über einen bei der Verwaltung vorliegenden Bestattungsplan könne man sehen, welche Grabplätze es gibt und wer auf einem einzelnen Grabplatz bestattet ist.

Gemeinderat Luckhaupt spricht sich daneben für eine Satzungsregelung zugunsten der verrottbaren Urnen wie im Wald aus.

Gemeinderätin Freyh sieht den Wunsch der Bürger in der Bestattung unter Bäumen im Wald und hinterfragt ein zusätzliches Angebot dieser Art auf seine Akzeptanz.

Bürgermeister Neff weist darauf hin, dass auf der vorhergesehenen Fläche noch vier Gräber liegen, wovon das letzte Grab 2018 abgeräumt wird.

Gemeinderat Geörg plädiert für beide Bestattungsformen.

Gemeinderat Bödi ergänzt, dass es heute insbesondere um eine Grundsatzentscheidung geht, damit die Bäume ggf. noch im Frühjahr gepflanzt werden können. Detailfragen rund um die Satzung sowie den entsprechenden Gedenkstein könne man noch klären.

Gemeinderat Stark gibt zu bedenken, dass man die Nachfrage abwarten sollte, bevor Bestattungen unter Bäumen im Wald angeboten werden sollten.

Gemeinderätin Bräuchle widerspricht Gemeinderat Stark. Waldbestattungen seien seit Jahren ein Thema und werden auch von den Bürgern gewünscht.

Gemeinderat Luckhaupt erinnert daran, dass der Ortschaftsrat nicht einstimmig für Waldbestattungen votiert hat und auch dies Einfluss in die Entscheidung finden solle.

Gemeinderat Bödi ergänzt, dass Waldbestattungen auch vom Ortschaftsrat gewollt sind, man die nun vorgeschlagene Bestattungsform jedoch für eine gute Ergänzung halte und unter Berücksichtigung der bereits mehrfach genannten Gestaltungsgründe der Ortschaftsrat nun von seinem Vorschlagsrecht Gebrauch mache.

Bürgermeister Neff sieht für diese zusätzliche Bestattungsform grundsätzlich keinen Bedarf, da der Aufwand jedoch überschaubar ist und gestalterisch mit wenig Mitteln viel passieren kann, werde er sich nicht gegen diese Bestattungsform stellen.

Befürchtungen von Gemeinderat Kratz, dass diese zusätzliche Bestattungsform erhebliche Folgekosten nach sich ziehe, kann der Vorsitzende entkräften.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat sodann folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der zusätzlichen Bestattungsform „Bestattung unter Bäumen auf dem Friedhof Kälbertshausen“ grundsätzlich zu. Die bestehende Schwarzkiefer südlich der Leichenhalle soll in das Bestattungsfeld einbezogen werden. Zusätzlich sollen drei Bäume gepflanzt werden. Hinsichtlich Baumart, Abgrenzung zwischen Bestattungsfeld und weiterer Rasenfläche sowie Kennzeichnung des Gedenksteines werden die Beratungen an den Ortschaftsrat zurückverwiesen.

- 11 Zustimmungen, keine Enthaltungen, 2 Gegenstimmen -

Zu Punkt 4

Frau Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsergebnis für die Aluminium-Eingangstüren des neuen Kindergartens. Im Rahmen der beschränkten Ausschreibung der Aluminium-Eingangstüren wurden zehn Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Eine Firma hat abgesagt, fünf weitere Firmen haben kein Angebot abgegeben, sodass zur Angebotsöffnung am Montag, den 18. Februar 2013 vier Angebote vorlagen. Die rechnerische Prüfung hat nun folgendes Bild ergeben:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Fa. Sauer, Heidersbach	19.107,02
Bieter 2	24.438,30
Bieter 3	25.299,21
Bieter 4	26.726,85

Bieter 1 ist geeignet, die Bauarbeiten im vorgesehenen Zeitrahmenezuzuführen. Die Stufenprüfung nach VOB hat ergeben, dass Bieter1 geeignet erscheint. Der Bieter ist dem Architekten als zuverlässig bekannt. Die Ausschreibung liegt über dem Kalkulationspreis der Kostenberechnung von 17.612 (Differenz: rd. 1.500 €).

Hinreichend informiert und ohne weitere Rückfragen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, die Firma Sauer aus Heidersbach zum Angebotspreis von 19.107,02 Euro brutto.

- einstimmig -

Zu Punkt 5

Frau Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsergebnis für die Glaserarbeiten samt Sonnenschutz des neuen Kindergartens. Im Rahmen der beschränkten Ausschreibung der Glaserarbeiten und Sonnenschutz wurden elf Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Zwei Firmen haben abgesagt, sieben Firmen haben kein Angebot vorgelegt, sodass zur Angebotsöffnung am Montag, den 18.2.2013 drei Angebote vorlagen. Die rechnerische Prüfung hat nun folgendes Bild ergeben:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Fa. Sauer, Heidersbach	65.112,44
Bieter 2	65.155,01
Bieter 3	94.978,22

Bieter 1 ist geeignet, die Bauarbeiten im vorgesehenen Zeitrahmenauszuführen. Die Stufenprüfung nach VOB hat ergeben, dass Bieter1 geeignet erscheint. Der Bieter ist dem Architekten und der Gemeinde als zuverlässig bekannt. Die Ausschreibung liegt über dem Kalkulationspreis der Kostenberechnung von 58.547 € (Differenz: rd. 6.566 €). Gründe für die höheren Preise sind die zu gering festgesetzte Kostenberechnung mit Jalousien statt zip-screen-Behang. Auch wurden im Vergleich zur Kalkulation höherwertige Materialien bei der Verglasung gefordert. Die Fenster, wie ausgeschrieben, bieten nur sehr wenige Hersteller wie gefordert an.

Hinreichend informiert und ohne weitere Rückfragen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Vorbehaltlich einer positiven Auskunft aus dem Gewerbezentralregister erteilt der Gemeinderat den Auftrag an den günstigsten Bieter, die Firma Sauer aus Heidersbach zum Angebotspreis von 65.112,44 Euro brutto.

- einstimmig -

Zu Punkt 6.1

Frau Fehrenbach erläutert das Baugesuch anhand eines Lageplans für das Grundstück. Die Bauherren wohnen in der Südstraße/Ecke Ringstraße und planen einen ca. 30 qm großen Anbau an ihr Haus. Der Anbau mit künftigem Wohnzimmer erfolgt Richtung Gartenseite und ist von der Ringstraße her nicht zu sehen. Die Bauherren planen einen Anbau in Holzständerbauweise mit einem Flachdach, d.h. das Dach soll z.T. Balkon, z. T. begrüntes Flachdach werden. Eine Befreiung wäre hier notwendig, da das Grundstück im Bereich des Bebauungsplans Geiger-Trefzenäcker I liegt und dieser keine Flachdächer, sondern Satteldächer mit 27° bis 35° zulässt.

Die Baugenehmigungsbehörde trägt aufgrund des Bestandes ein Flachdach mit, die Eingliederung einer weiteren geneigten Dachfläche für diese bauliche Anlage würde sich als schwierig erweisen.

Die Bauunterlagen wurden im Kenntnissgabeverfahren eingereicht, sodass der Gemeinderat sein Einvernehmen zur Abweichung hinsichtlich Dachform- und Dachneigung erteilen muss.

Hinreichend informiert und ohne weitere Rückfragen nimmt der Gemeinderat den Sachverhalt zur Kenntnis und fasst folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zu den Befreiungen und Abweichungen des Bauvorhabens.

- einstimmig -

Zu Punkt 6.2

Ortsbaumeister Hahn erläutert mit Verweis auf die Gemeinderatssitzung vom 20.3.2012 den Sachverhalt und schlägt die Ausführung zur Erneuerung der Mauer mit L-Steinen vor. Anhand des Lageplanes, eines Schnittes und eines Schnittes für die geplanten L-Steine erklärt Herr Hahn die anfallenden Bauarbeiten. Auf diese Weise könne der Maschinenring nach Erneuerung der Stützmauer ungehindert arbeiten beim Abtransport des Grünguts und der Bauhof hat keinen Platzverlust auf dem höher liegenden Gelände. Die Variante mit Natursteinen habe man aus Praktikabilitätsgründen aufgegeben.

Eine selbst gezogene Mauer in dieser Größenordnung müsste ohne L-Steine ein drei bis vier Meter tiefes Fundament haben, was sich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten hier nicht realisieren lässt.

Aus dem Gemeinderat sei der Vorschlag gekommen, die Mauer nur 2 m hoch zu setzen und nach hinten abzuböschern, diese Überlegung habe man jedoch verworfen, da die Kostenersparnis auf maximal 1.000 Euro geschätzt werden kann. Die Kosten-Nutzen-Abwägung sei zugunsten des höheren Nutzens für die Abstellfläche des Bauhofes ausgefallen.

Herr Hahn erklärt, dass ein Statiker die geplanten Arbeiten vorab prüfen solle. Zwar liege eine Regelprüfstatik für die Steine vor, jedoch soll mit dem Auftrag rechtssicher geklärt werden, dass der Boden die Last tragen kann und wie der Übergang zwischen der neuen Mauer und der Mauer im Bestand vorgenommen werden kann.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Luckhaupt bestätigt Ortsbaumeister Hahn, dass auf der Mauer eine Absturzsicherung aufgebracht werden muss.

Gemeinderat Kratz möchte wissen, ob die neue Mauer aus L-Steinen nicht vor die bestehende Mauer gesetzt werden könnte.

Ortsbaumeister Hahn verneint aus technischen Gründen. Die Steine müssten so ins Erdreich eingebracht werden, dass die vorhandene Bodenplatte den L-Steinen Widerstand bietet. Dies sei beim Vorschlag von Gemeinderat Kratz nicht gewährleistet bzw. nur mit sehr unverhältnismäßigen Kosten erreichbar.

Hinreichend informiert und ohne weitere Rückfragen nimmt der Gemeinderat den Sachverhalt zur Kenntnis und fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zum gemeindeeigenen Bauvorhaben.

- einstimmig -

Zu Punkt 7

Bürgermeister Neff gibt die nicht öffentlichen Beschlüsse der vergangenen Sitzung bekannt.

Der Gemeinderat hat in seiner nicht öffentlichen Sitzung am 22.1.2013 beschlossen, die FSJ-Stelle an der Grundschule als solche weiterzuführen. Daneben stimmte der Gemeinderat der Beteiligung an der Aktion „Flagge zeigen“ der TSG Hoffenheim zu. Künftig werden die Wappen der teilnehmenden Gemeinden des Neckar-Odenwald-Kreises und des Rhein-Neckar-Kreises in der Wirsol-Rhein-Neckar-Arena zu sehen sein. Diese sind dauerhaft unter dem Stadionsdach angebracht. Hierfür sind Kosten von rund 400 Euro zur Erstellung der Flagge angefallen.

Zu Punkt 8

Bürgermeister Neff und Hauptamtsleiterin Fehrenbach teilen dem Gremium Folgendes mit:

- Bürgermeister Neff informiert den Gemeinderat über das am 18. März 2013 geplante Bürgergespräch zum Dorfplatz Kälbertshausen und lädt die interessierten Bürger hierzu ein.
- Die Arbeiten an den Stromleitungen der EnBW sind in vollem Gange. Richtung Haßmersheim sind an der Straße entlang zum Teil Sicherungsgerüste errichtet worden. Es werden jedoch auch Arbeiten notwendig sein, die das Betreten privater und gemeindeeigener Grundstücke notwendig machen. Mit der ausführenden Firma wurden die zu benutzenden Wege abgefahren, um insbesondere den Straßenzustand zu dokumentieren, damit nach Beendigung eventuelle Schäden der Firma in Rechnung gestellt werden können. Die Firma hat die Grundstückseigentümer der jeweils zu betretenden Grundstücke bereits kontaktiert.
- Gestern Abend fand die Sitzung des Gemeinderates Siegelsbach statt. Bürgermeister Kremsler hat den Gemeinderat über den aktuellen Planungsstand informiert. Hintergrund war die erneute Antragstellung auf Fördermittel aus dem Sanierungsprogramm Ländlicher Raum im Oktober 2012 für das Programmjahr 2013, um nach der Verlagerung der Firma Mann und Schröder von Siegelsbach nach Hüffenhardt die frei werdende Fläche baureif zu erschließen und städtebaulich in die Gemeinde zu integrieren.

Bei einem gemeinsamen Termin beim Wirtschaftsministerium in Stuttgart konnte dahingehend Klarheit erzielt werden, dass der Antrag 2013 nicht bedient wird. Eine Zuschussbewilligung wurde für 2014 in Aussicht gestellt, wenn einige Punkte des Zuschussantrages nachgearbeitet werden. Dies bedeutet für die Gemeinde Hüffenhardt, dass die Schaffung der bauplanungsrechtlichen Voraussetzung zur Verlagerung der Firma Mann und Schröder nach Hüffenhardt vorangetrieben werden muss. Die Beteiligten sind zuversichtlich, dass der Antrag 2014 erfolgreich sein wird.

- Für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 sind nach der Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Soziales in 2013 die Schöffen und Jugendschöffen zu wählen. Das Landratsamt ist nun auf die Gemeinde zugekommen und hat um eine Vorschlagsliste der Bürgermeisterämter für die Jugendschöffen gebeten. Ein Gemeinderatsbeschluss ist nicht erforderlich, wer zum Jugendschöffen gewählt werden soll, dies obliegt dem Jugendhilfeausschuss. Bis 15. April sind Personenvorschläge einzureichen. Von der Gemeinde Hüffenhardt wurde aufgrund der Gemeindegröße die Benennung nur eines Personenvorschlags für eine weibliche Hauptschöffin gefordert.

Hierbei sind folgende Punkte zu beachten:- Die Vorgeschlagene soll erzieherisch befähigt sein und in der Jugenderziehung erfahren sein.

- Die Person soll geistig, körperlich und von sonstigen Anforderungen her für das Schöffenamt geeignet sein.

- Die zu Benennende muss Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sein.

- Wünschenswert wäre ein Alter zwischen 30 und 55 Jahren.

- Die Person darf in keiner anderen Schöffenliste aufgenommen sein.

Die bisherige Jugendschöffin, Frau Silke Ziegler, kann nicht mehr vorgeschlagen werden, da sie nicht mehr in der Gemeinde wohnt.

Auch für die Haupt- und Hilfsschöffen wird im Laufe des Jahres eine Benennung der Gemeinde erfolgen müssen. Auch hier spricht Bürgermeister Neff die Bitte aus, Vorschläge an die Verwaltung zu melden.

- In der vergangenen Woche musste die Verwaltung eine Vorabmeldung der 2013 zu beantragenden Mittel aus dem Ausgleichsstock beim Landratsamt einreichen. Unter Berücksichtigung der Verwaltungsvorschrift Ausgleichsstock wurde Unterstützungsbedarf für die Maßnahmen Dorfplatz Kälbertshausen, Breitbandversorgung, Stützmauer Grüngutplatz und Sanierung Spielplatz Kantstraße angemeldet.

Sodann berichtet Gemeinderat Geörg in seiner Funktion als Ortsvorsteher von der Sitzung des Ortschaftsrates am 18.02.2013.

Aufgrund eines entsprechenden Antrages wird sich der Ortschaftsrat in der kommenden Sitzung mit Baumpflanzungen entlang des Gemeindeverbindungsweges zwischen Hüffenhardt und Kälbertshausen befassen.

Gemeinderat Luckhaupt greift den Artikel der Kraichgau-Stimme zur Verlagerung der Firma Mann und Schröder auf. Er betont, dass der Ausschuss, auch mangels Sachentscheidungsbefugnis, nicht über die Frage der Zweckverbandsgründung entschieden habe. In diesem Zusammenhang übt Gemeinderat Luckhaupt Kritik an Bürgermeister Kremser aus Siegelsbach, der mit dieser Information nicht zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beitrage.

Bürgermeister Neff bestätigt, dass die Frage über die Gründung eines Zweckverbandes ausschließlich dem Gemeinderat vorbehalten bleibt.

Zu Punkt 9

Auch zu Ende der Sitzung gibt es aus dem Zuhörererkreis keine Fragen.